

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Karl Willms, Bremens Wirtschaftssenator, erläutert seine Sorgen mit der EG-Fischereipolitik: Hilfsmaßnahmen unerlässlich.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB gibt notwendige Klarstellungen zur Ausländerpolitik: Keine Alternative zur Integration.

Seite 3

Rudolf Dreßler MdB formuliert Anmerkungen zu einer unkundigen Rede des CDU-Abgeordneten Gerstein: Nicht übertrieben viel Sachkenntnis.

Seite 5

Volker Neumann MdB hält Entwicklungshilfe der Bundesländer im Ausland nicht für sinnvoll: Bürokratie und Reiselust.

Seite 7

Robert Antretter MdB fordert, daß die Bahn soziale Aspekte berücksichtigt: Nicht mit dem Rasenmäher.

Seite 8

Buchbesprechung: Gerhard Schröder MdB zu Koch/Bourrées "Schöne Welt, was nun? - Jugendliche im Abseits".

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

1. Jahrgang / 235

9. Dezember 1981

Hilfsmaßnahmen unerlässlich

Die EG-Fischereipolitik bereitet wieder Sorgen

Von Karl Willms
Senator für Wirtschaft und Außenhandel der Freien
Hansestadt Bremen

Die Fischereipolitik in der Bundesrepublik ist in hohem Maße von Entscheidungen der europäischen Gemeinschaft und von weltwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig. Bestimmende Faktoren sind die angestrebte EG-einheitliche Fischereipolitik und die seit mehreren Jahren im Rahmen der UN-Seerechtskonferenz diskutierten Seerechtsfragen. Sie wirken sich unmittelbar auf die Fischwirtschaft des Landes Bremen und der Küstenregion insgesamt aus. Allein im Zeitraum 1970 bis 1979 war ein Rückgang der Beschäftigten in der Fischwirtschaft um 17 Prozent auf insgesamt rund 29.000 Arbeitskräfte zu verzeichnen. Wesentliche Ursachen waren der Wegfall der Fanggründe vor Island, die Seerechtsentwicklung und die bislang immer noch nicht vollzogene gemeinsame EG-Fischereipolitik.

Die Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben am 30. Mai 1980 beschlossen, eine Einigung über Fischereifragen noch im Jahre 1980 zu erzielen. Insbesondere wegen der britisch-französischen Auseinandersetzungen um das Fischen in küstennahen Gewässern Großbritanniens, ist diese Regelung im vergangenen Jahr nicht zustande gekommen. Dadurch hat sich die Situation in der Fischerei dramatisch zugespitzt, zum Teil konnte die Entwicklung durch das sogenannte dreijährige Sofortprogramm der Bundesregierung abgefangen werden. Das der EG-Kommission vorliegende Verhandlungspaket umfaßt die Drittlandsverhandlungen, eine Quotenregelung im EG-Meer, eine Zugangsregelung in küstennahen Gewässern, eine gemeinsame Strukturpolitik und eine neue Marktorganisation für die Fischwirtschaft.

Zu diesem Gesamtkomplex konnten die für die Fischerei zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 29. September



1981 allerdings einen Teilkompromiß erzielen. Die getroffene Vereinbarung hat jedoch die Erwartungen der deutschen Fischerei nicht erfüllt, zumal die für die Bundesrepublik drängende Frage der Quotenregelung im EG-Meer bislang nicht gelöst werden konnte. Einen Fortschritt stellt jedoch die Einigung über die Fangmöglichkeiten vor Drittländern, und hier vor allem mit Kanada, dar. Dieses Abkommen ist bis zur Stunde jedoch noch nicht ratifiziert.

Angesichts des derzeitigen Verhandlungsstandes gehe ich jedoch davon aus, daß mit dem Fang vor der kanadischen Küste erst zu Beginn des Jahres 1982 begonnen werden kann. Von der sich abzeichnenden Entwicklung sind vor allem die Fangeinheiten der deutschen Großen Hochseefischerei betroffen. Das gilt ebenfalls für die Erwartungen an eine verbesserte gemeinsame Strukturpolitik. Sie wurden insofern nicht erfüllt, als nur eine Fortsetzung der bisherigen Regelung mit einer gemeinsamen Förderung der Kutterfischerei beziehungsweise der Aquakultur zustande kam.

Bei der neuen Marktorganisation besteht im Prinzip Einigung, eine noch offene wichtige Frage stellen unter anderem die Heringsimporte dar. Hier gilt es, durch die Herabsetzung der Zölle oder durch Heraufsetzung des zollfreien Kontingents eine für die heringsverarbeitende Industrie befriedigende Lösung zu finden. Weiterhin unstritten ist die Zugangsregelung in küstennahen Gewässern, die hauptsächlich Großbritannien und Frankreich betreffen.

Besonders gravierend ist die bislang nicht erfolgte Verständigung über eine Quotenfestsetzung und -verteilung im EG-Meer. Die von der Kommission für 1981 (nachträglich) vorgeschlagenen Fangmengen reichen für die deutsche Fischerei bei weitem nicht aus.

Zur ökonomischen Auslastung der sogenannten Kernflotte und der Kutterfischerei sind an gängigen Fischarten Quoten in Höhe von 220.000 Tonnen jährlich erforderlich. Der Bundesrat hat daher auf Initiative Bremens am 6. November gefordert, eine Quote von mindestens 200.000 Tonnen an gängigen Fischarten für die deutsche Hochseefischerei bereitzustellen. Die Fangmengen sind auch erforderlich, um eine kontinuierliche und ausreichende Versorgung der Industrie mit Rohwaren zu garantieren.

Auskömmliche Fangmengen sind darüber hinaus wesentliche Voraussetzung für die Substanz-erhaltung in den nachgeordneten Bereichen wie Handel und Umschlag. In der Besorgnis, daß die zu erwartende Regelung bei den Fangmengen die Weiterexistenz der deutschen Hochseefischerei nach wie vor gefährdet, haben die Küstenländer auf Initiative Bremens in einem Memorandum an die Bundesregierung und an Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Fortsetzung des Sofortprogramms für die Fischerei in 1982 gefordert.

Angesichts der Gefährdung der Arbeitsplätze in der strukturschwachen Küstenregion ver- trete ich die Auffassung, daß eine Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen in begrenztem Umfang im Jahre 1982 unerlässlich ist.

Die Anliegen der Küstenländer zur Erhaltung der deutschen Fischerei und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft habe ich unlängst auch in Brüssel dem für Fischereifragen zuständigen EG-Kommissar Contogeorgis vorgetragen. Dieses hat in der Spitze der EG-Verwaltung weitgehendes Verständnis gefunden. Es wurde vereinbart, daß auf administrativer Ebene die noch anstehenden Lösungen in der EG-Fischereipolitik vorbereitet werden sollen. ES ist jedoch festzustellen, daß letzte Ministerratsge- spräche keine Einigung in den drängenden Fragen erbracht haben.

Ich gehe davon aus, daß der in der Fischereitagung am 29. September erzielte Kompromiß in der Lösung der Fischereiprobleme noch im verbleibenden Zeitraum des Jahres 1981 in eine umfassende gemeinsame Lösung der Fischereifragen auf EG-Ebene einmündet.

(-/9.12.1981/hi/ca)

Zur Integration gibt es keine Alternative

Notwendige Klarstellungen zur Ausländerpolitik

Von Hans Urbanik MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat, nach sorgfältiger Vorbereitung und einstimmigem Beschluß, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Ausländerpolitik eingebracht. Mit diesem Antrag wird der Bundestag aufgefordert, sich mit klaren Formulierungen zur Fortsetzung der Integrationspolitik zu bekennen und deren Gründe und Ziele darzulegen.

Diese Verdeutlichung sozial-liberaler Ausländerpolitik erscheint dringend geboten, weil sowohl von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch von CDU-Landesregierungen Verunsicherung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien betrieben wird. Ausländerfeindliche Tendenzen unter nationalistisch Unbelehrbaren nehmen zu und erschweren gutnachbarschaftliches Miteinanderleben von Deutschen und Ausländern.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bekräftigt deshalb insbesondere die folgenden Integrationsfördernden Aussagen:

1. Der seit 1973 bestehende Anwerbestopp ist uneingeschränkt aufrecht zu erhalten.
2. Die noch bestehenden Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt für Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer müssen aufrecht erhalten bleiben.
3. Nur bei einer Herabsetzung der Altersgrenzen für den Nachzug der Kinder ausländischer Arbeitnehmer haben diese eine wirkliche Integrationschance.
4. Illegale Beschäftigung und illegaler Aufenthalt von Ausländern können aus humanen, sozialen und beschäftigungspolitischen Gründen nicht geduldet werden.
5. Politischer Extremismus von Ausländern verstärkt die ausländerfeindlichen Tendenzen in der Bundesrepublik; er muß bekämpft werden.
6. Eine Verbesserung des Aufenthaltsrechts soll es den hier lebenden Ausländern ermöglichen, eine auf Integration ausgerichtete Lebensplanung zu verwirklichen.
7. Ausländer der 2. Generation, die hier geboren oder aufgewachsen sind, sollen einen Anspruch auf Einbürgerung erhalten.
8. Die in Beiräten und Kommissionen tätigen ausländischen Vertreter in Bund, Ländern und Gemeinden sollen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, die sie selbst betreffen.
9. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen für jugendliche Ausländer müssen beschleunigt ausgebaut werden.
10. Wichtigstes Ziel der Wohnungspolitik muß es sein, der Konzentration von Ausländern entgegenzuwirken.



11. Die Unternehmen haben bei dem Angebot von Wohnungen auch für ihre ausländischen Mitarbeiter zu sorgen.
12. Besondere Integrationsprobleme gibt es für ausländische Frauen; für sie sind weitere spezielle Angebote zu entwickeln, die ihnen helfen, sich in unserer Gesellschaft besser zurechtzufinden.
13. Es ist zu bedauern, daß das Verständnis der deutschen Bevölkerung für die Lebenssituation der hier seit langem wohnenden und arbeitenden ausländischen Arbeitnehmer durch den häufigen Mißbrauch des Asylrechts erschwert wird.
14. Die Kenntnis der Deutschen über die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien muß verbessert werden.
15. Die Integrationspolitik ist so auszurichten, daß sie den Ausländern die Möglichkeit der Rückkehr in ihre Heimatländer offenhält. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Heimatländern, zu denen die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Beitrag leistet, ist geeignet, die Rückkehrbereitschaft der Ausländer zu stärken.

Diese Thesen machen deutlich, daß Sozialdemokraten die Leistungen der ausländischen Arbeitnehmer anerkennen und würdigen. Dazu gehört, daß keinem Ausländer, der sich rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhält und die bestehenden Gesetze achtet, Ausweisung oder Abschiebung droht. Auch an der Einstellung zu Minderheiten wird die Qualität unserer Republik gemessen.

(-/9.12.1981/ks/ca)

+ + +



Nicht Übertrieben viel Sachkenntnis

Anmerkungen zu einer unkundigen Rede des CDU-Abgeordneten Gerstein

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Das Aktionsprogramm "Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens" (HdA) hat in der 60. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Oktober 1981 durch den CDU-Abgeordneten Gerstein eine "Würdigung" erfahren, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Das HdA-Programm ist bedeutend erfolgreicher - gerade auch in der Umsetzung - als es die Opposition wahrhaben will.

Ein Förderschwerpunkt im HdA-Programm ist die Entwicklung und menschengerechte Erprobung von Industrierobotern. 1970 war die Bundesrepublik Deutschland auf diesem wichtigen Technologiegebiet ein Entwicklungsland. Inzwischen ist es gelungen - insbesondere durch die geförderten Forschungsvorhaben - diesen Rückstand aufzuholen: Die Absatzzahlen belegen, daß die deutsche Industrie zunehmend erfolgreich mit ausländischen Herstellern konkurriert. Zusätzlich entscheidend ist, daß diese Technologie nicht, wie so häufig, blind entwickelt und erprobt wird. Im Rahmen geförderter Vorhaben

- erfolgt ein gezielter Einsatz von Industrierobotern an gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen,
- sind unerwünschte Auswirkungen dieser Technologie (zum Beispiel Gefährdung von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen) rechtzeitig erkannt worden,
- demzufolge werden wirtschaftlich vertretbare Alternativen geplant und erprobt, die die Qualität der Arbeitsplätze sichern;
- sind Betriebsräte rechtzeitig informiert worden, so daß sie in der Lage sind, ihren Einfluß sachkundig geltend zu machen,
- liegen erste Ergebnisse über die Arbeitsmarktauswirkungen vor, die zeigen, unter welchen Bedingungen diese Technologie auch in beschäftigungsmäßiger Hinsicht beherrschbar ist.

Am Beispiel der Industrieroboter-Technologie ist im HdA-Programm ein akzeptabler Beitrag zur Vermeidung von Technologiefeindlichkeit geleistet worden.

Ein anderer Förderschwerpunkt des HdA-Programms sind Vorhaben zur Erprobung neuer Formen der Arbeitsorganisation (Arbeitsstrukturierung). Herr Gerstein unterstellt, daß hier in der Umsetzung nichts geschehen ist. Dabei ist ihm offensichtlich entgangen, daß große Firmen inzwischen Planungsleitfäden zur Arbeitsstrukturierung erprobt und entwickelt haben. Im VDI-Verlag ist ebenfalls ein Gemeinschaftswerk von Firmen und Ingenieurinstituten zur Umsetzung von Arbeitsstrukturierungs-Erkenntnissen erschienen. Richtig ist allenfalls, daß die Informationsinteressen der Betriebsräte und Gewerkschaften verbessert werden müssen.

Andere Beispiele lassen sich hinzufügen. Immerhin werden die Umsetzungsleistungen des Bundeszentrums Humanisierung des Arbeitslebens anerkannt. Falsch ist die Unterstellung, daß keine SMFT-Vorhaben umgesetzt werden. Das ist bereits im ersten Arbeitsjahr (81) geschehen und wird sich 82 weiter verstärken.

Über das HdA-Programm muß differenzierter geredet werden.



Das gilt auch für das Beschäftigungsproblem. Das HdA-Programm ist von seiner Zielsetzung ein Forschungsprogramm, das auf die Verbesserung der Arbeitsqualität gerichtet ist. Es ist kein politisches Beschäftigungsprogramm. Gleichwohl liefert es interessante Beiträge:

- Durch die Anpassung von Arbeitsplätzen an die Bedürfnisse von Behinderten werden Beschäftigungsmöglichkeiten erprobt und erschlossen,
- durch den Abbau von Belastungen (Schweißer, Gießereien, Schmieden) und ungünstiger Arbeitszeitregelungen (Hotel- und Gaststättengewerbe) werden unattraktiv gewordene Arbeitsplätze modelhaft neu erschlossen.

Es zeigt sich an den bislang vorliegenden Ergebnissen von geförderten Forschungsvorhaben des HdA-Programms; daß durch eine verbesserte Arbeitsqualität Hinweise auf mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Allerdings muß hiermit behutsam und nüchtern umgegangen werden. Mit der grobschlächtigen Propagierung von job-sharing-Modellen geht das sicherlich nicht. Job-sharing wird in den USA unter anderem auch deshalb betrieben, weil so der Arbeitsplatz - über den Partner - im Krankheitsfall erhalten bleibt. Es gibt dort kein Lohnfortzahlungsgesetz wie bei uns. Grundsätzlich kann über flexible Arbeitszeiten nur geredet werden, wenn die berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer anerkannt werden. Flexibilität ohne Schutz und ohne Ordnung ist ein unbezahlter Bereitschaftsdienst, eine Verlagerung des Arbeitgeberrisikos zu Lasten des einzelnen Arbeitnehmers, die durch den Etikettenschwindel vom angeblich "größeren Dispositionsspielraum" nur dürftig verschleiert wird. Es ist nicht hinzunehmen, daß Vorschläge ohne genaues Abwägen, ohne volle Einbeziehung der Tarifparteien gedankenlos als Humanisierung verkauft werden; Humanisierung kann eben nicht nur das Durchsetzen von Arbeitgeberinteressen sein.

Mit einfacher Polemik ist kein Beitrag zur Humanisierung zu erwarten. Hierzu gehört auch die ruhmörderische Art und Weise in der sich der Herr Abgeordnete Gerstein über das Sozialforschungsinstitut Volkholz und Partner in Dortmund geäußert hat: "...Darüber hinaus gibt es - in einer Art nicht koordiniertem Dreieck - in Dortmund ein drittes Forschungsinstitut, die Herren Volkholz und Partner - manchmal müßte man das vielleicht anders nennen -, das mit vielen Millionen DM Fragebogenaktionen zur Humanisierung des Arbeitslebens, finanziert vom Forschungs-, vom Familien- und vom Arbeitsministerium, durchführt, bei denen vermutlich nichts anderes als neue zweifelhafte Tendenzen zur Ausweitung von Staatsaktivitäten zu erwarten sind". ...

Dazu ist anzumerken:

1. Über die Auswertung der Staatsaktivitäten entscheidet allein das Parlament.
2. Die Äußerungen von Gerstein unterschlagen, daß die HdA-Vorhaben vor Gutachtern und Sachverständigen vertreten werden müssen.
3. Mir liegen bezüglich der tatsächlichen Leistungen des Instituts positive Erkenntnisse vor. Wie nur wenig andere sozialwissenschaftliche Institute arbeitet dieses nicht nur mit Betriebsräten und Gewerkschaften, sondern auch mit Firmen und Ingenieur-Instituten zusammen, und ist auf verschiedenen Gebieten an der Erarbeitung umsetzungsfähiger Ergebnisse beteiligt.

Ich bin aus zwei Gründen auf diesen Punkt exemplarisch etwas ausführlicher eingegangen:

1. Die Rede des Herrn Abgeordneten Gerstein - ohnehin nicht mit übertrieben viel Sachkenntnis über Forschungsergebnisse zur Humanisierung des Arbeitslebens belastet - offenbarte an diesem Punkt auch noch zusätzlich eine sachlich in keiner Weise gerechtfertigte Diffamierung eines seit Jahren mit Erfolg in der Humanisierungsforschung tätigen Forschungsinstituts.
2. Aus der Rede des Herrn Abgeordneten Gerstein kann man lernen, daß zu einer sicherlich notwendigen und sachlichen Kritik - es gibt nichts Perfektes - des HdA-Programms vor allem eine differenzierte Kenntnis über die verschiedenen Förderschwerpunkte dieses Forschungsprogramms gehört. Mit pauschalen Auswürfen ist der Sache - Humanisierung des Arbeitslebens -, der wir gemeinsam zu dienen haben, wenig gedient.

(-/9.12.1981/ks/ca)



Bürokratie und Reiselust

Entwicklungshilfe der Bundesländer im Ausland nicht sinnvoll

Von Volker Neumann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Entwicklungshilfe gehört als Teil der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Aufgabenbereich des Bundes. Immer stärker haben sich Bundesländer in den vergangenen Jahren für die Dritte Welt engagiert. Dieses ist zu begrüßen, soweit die Bundesländer dabei die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, die Mitfinanzierung von Bildungseinrichtungen im Ausland, die personelle Unterstützung deutscher Projekte durch beurlaubte Landesbedienstete und die Aufklärung und Werbetätigkeit im Inland in den Vordergrund stellen. Gerade in dem letzten Bereich haben die Bundesländer einen entscheidenden Anteil am Gelingen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt, wenn es gelingt, gerade bei den jungen Menschen das Bewußtsein für die Notwendigkeit dieser Aufgabe zu stärken.

Zunehmend stellt man jedoch fest, daß die Bundesländer trotz schwieriger werdender finanzieller Verhältnisse eigene Projekte der Dritten Welt forcieren. Diese eigenen Projekte bergen die Gefahr in sich, daß die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesländer im Inland vernachlässigt werden und vor allen Dingen zusätzliche Schwierigkeiten entstehen hinsichtlich der technischen und juristischen Koordinierung mit dem Bund. Die Mehrkosten für eigene entwicklungspolitische Projekte in der Dritten Welt ergeben sich nicht allein aus der notwendigen Informationsbeschaffung durch Landesbeamte in der Dritten Welt, was leicht zu einer nicht sachgerechten Reisetätigkeit ausufern kann, sondern auch durch den Aufbau einer eigenen Bürokratie in den Bundesländern.

Bei einem Gesamtvolumen öffentlicher Entwicklungshilfeleistungen von 6,1 Milliarden DM waren die Bundesländer im Jahr 1980 mit knapp 61 Millionen DM beteiligt. Die Leistungen sind in den letzten Jahren immer wieder aufgestockt worden, wobei allerdings die Aufstockung durch die bereits kritisierten Auslandsprojekte mitbegründet ist. Bei der Entwicklungshilfe der Bundesländer steht mit 16,5 Millionen DM Baden-Württemberg an der Spitze, während etwa Niedersachsen 6,2 Millionen DM aufwendet. Steigerungen verzeichneten im letzten Jahr Niedersachsen und Bayern, während die anderen Bundesländer ihre Mittel "eingefroren" haben und Hessen und das Saarland sogar die Entwicklungshilfeleistungen zurücknahmen.

Wenn die Bundesländer aus den Gründen besonderer Beziehungen zu einzelnen Ländern der Dritten Welt Projekte dort fördern wollen, so sollten sie sich der sogenannten Nichtregierungsorganisationen bedienen, die ohne großen bürokratischen Aufwand in der Lage sind, sinnvolle Projekte zu verwirklichen. Dieses kann insbesondere sinnvoll sein bei der Entwicklungshilfe in solchen Ländern, bei denen die Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Gründen nicht zu einer Entwicklungszusammenarbeit kommen kann. Bei allen anderen Ländern, mit denen bereits eine solche Zusammenarbeit vereinbart ist, bleibt es dabei, daß die effektive Hilfe durch den Bund geleistet werden kann und soll.

(-/9.12.1981/ks/ca)

+ + +



Tariferhöhung nicht mit dem Rasenmäher!

Die Bahn muß soziale Aspekte berücksichtigen

Von Robert Antretter MdB

Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Es gibt Bevölkerungsgruppen, die im Blick auf ihre persönliche Mobilität und Lebensqualität besonders auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen sind: Alte Menschen, Frauen aus Arbeiterfamilien mit geringem, mittlerem Einkommen, Kinder und Jugendliche, ausländische Mitbürger. Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für die Tarifgestaltung der Deutschen Bundesbahn. Gewiß müssen bei der Gestaltung der Tarife Kostenentwicklungen berücksichtigt werden; denn die öffentlichen Haushalte können die Kosten nicht ständig allein übernehmen. Aber das darf nicht nach Rasenmäherart geschehen. Da müssen natürlich auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Trotz vieler positiver Ansätze - Seniorenpaß, Familienpaß - bleibt hier noch ein weites Feld für den Einfallsreichtum nicht nur der Experten. Aufgabe der Bundes-, Landes- und der Kommunalpolitiker ist es, nach Wegen zu suchen, die die öffentliche Verkehrsversorgung im ländlichen Raum so attraktiv wie möglich gestalten und die zu erwartenden Defizite der öffentlichen Hände eingrenzbar und auf die Dauer bezahlbar machen. Mit einem Wort: So wie die deutsche Wirtschaft darauf angewiesen ist, zu ihrer Behauptung in der Weltwirtschaft intelligente Technologien zu entwickeln, so kommt es im Verkehr darauf an, intelligente Organisationsformen zu finden, deren Ziel es sein muß, bei einem Minimum an Investitionen und einem Optimum an Kooperation wirtschaftlich tragfähige Verkehrssysteme zu entwickeln.

Die Deutsche Bundesbahn hat sehr differenzierte Konzepte für den Nahverkehr in den Ballungsräumen, in den mittleren Verdichtungsräumen und in den ländlichen Räumen entwickelt. Die Bundesbahn hat den ÖPNV in den Ballungsräumen und in den mittleren Verdichtungsräumen, wo es vor allem auf die Bewältigung von Kapazitätsproblemen ankommt, mit Hilfe des Bundes systematisch ausgebaut.

So wie sich in den Ballungsräumen S-Bahn, U-Bahn und Bus gegenseitig ergänzen und Linien aufeinander abgestimmt sind, muß auch in der Fläche ein langfristiges Konzept für eine vernünftige Verkehrsbedienung entwickelt werden. Schienenstrecken, gegen die die Bürger bereits mit der Fahrkarte abgestimmt haben, weil sie gar nicht mehr fahren, und wo die Demonstranten gegen die Ausdünnung mit dem Privat-Pkw anreisen, können dabei nicht aus lauter Nostalgie erhalten bleiben. Schienenstrecken jedoch, die aufgrund ihres Aufkommens und der Siedlungsstruktur langfristig als sinnvoll erscheinen, müssen selbstverständlich voll integriert werden. (-/9.12.1981/ks/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Annegret Koch/Manfred Bourée, "Schöne Welt, was nun? - Jugendliche im Abseits",
Jugenddienst-Verlag, 19,80 DM

Aussteiger, die eine echte Chance eigentlich nie hatten

Der Frankfurter Jugendforscher Klaus Allerbeck wagte vor einigen Wochen, befragt nach seinen Prognosen zum Jugendprotest, nur eine konkrete Aussage: Auf jeden Fall werde es eine weiter ansteigende Flut von Jugendstudien geben.

Das Jugendwerk der deutschen Shell AG legte gerade erst eine neue Studie vor; das Jugendministerium gibt ebenso wie das Innenministerium empirische Untersuchungen über die unruhige Jugend in Auftrag; schließlich wird auch die Enquête-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat", einen Auftrag vergeben. Mit dem Buch von Annegret Koch/Manfred Bourée, "Schöne Welt, was nun? - Jugendliche im Abseits", legte der Jugenddienst-Verlag nun alles andere als eine weitere Jugendstudie vor.

Nein, in diesem Buch wird - in einprägsamen Bildern von Annegret Koch eingefangen - von Jugendlichen im Essener Stadtteil Hörsterfeld und deren Jugendhaus berichtet: von arbeitslosen Jugendlichen, ihren Problemen mit sich und der Welt, von den Schwierigkeiten im (inzwischen geschlossenen) Jugendhaus, von ihren Schlägereien, ihrem Suff; vom gemeinsamen Kochen, vom Tanzen, Singen und Spielen.

Das Jugendhaus war ihr einziger Treffpunkt, an dem sie sich in der tristen Betonburg Hörsterfeld halbwegs frei und unkontrolliert bewegen konnten - Hier hatten die Hörsterfelder Jugendlichen die Chance, über das Vergessen ihres grauen Alltags hinaus sich in verschiedenen Projekten zu engagieren.

Warum dieses Jugendhaus, warum diese Arbeit mit proletarischen Mädchen und Jungen scheiterte, dies wird gezeigt. Noch wichtiger vielleicht aber ist, das überhaupt einmal auf eine solche, von der Wissenschaft so häufig vernachlässigten, Gruppe von Jugendlichen engagiert, sympathisierend doch nicht ohne Distanz eingegangen wird.

Aus ähnlichen Zusammenhängen wie denen im Hörsterfeld ist auch Klaus Jürgen Rattay gekommen, jener 18jährige, der im Anschluß an eine Demonstration gegen die Häuser-räumungen in Berlin am 22. September 1981 zu Tode kam. Er hätte wohl in die Gruppe der Hörsterfelder gepaßt; insoweit, so meine ich, lassen sich die vorgestellten Schicksale verallgemeinern.

Über die Fotos und die Geschichte des Jugendhauses hinaus geben die Gespräche, die Annegret Koch und zwei Jahre darauf Manfred Bourée mit einigen der Jugendlichen führten, einen so noch nicht vorhandenen Einblick in die Denk- und Gefühlswelt dieser "Aussteiger", die eine echte Chance eigentlich nie hatten. (-/9.12.1981/hi/ca)

Gerhard Schröder (Hannover) MdB

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

